

und über hansische Verbindungen zu wahren. Obwohl ohne Möglichkeiten direkten Eingreifens, stellte es durchaus einen bemerkenswerten Faktor im Gesamtgeschehen dar.

Es sei noch einmal unterstrichen: Buchstabs Studie, der als Anhang ein Überblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der einzelnen Reichsstädte in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beigegeben und die mit einem sorgfältig gearbeiteten Register versehen ist, bedeutet eine Bereicherung der historischen Literatur über den Westfälischen Frieden. Sie bereichert darüber hinaus die Stadtgeschichtsforschung im allgemeinen, greift sie doch viele Fragen auf, die dort gegenwärtig aktuell sind. Ls.

*Pierre Jeannin, Gekräuselt, gepudert, mit untadeliger Anmut. Hamburg und die französische Revolution. Mit Beiträgen von Erich Lüth und Erich Jahn. Hamburg (Hans Christians Verlag) 1977. 66 S., 10 Abb.*

Hinter dem wenig informativen Titel verbergen sich drei gut lesbare Abhandlungen, die sich mit der Reaktion der Hamburger auf die Französische Revolution und mit dem Leben der französischen Emigranten in Hamburg befassen. Der 1972 vor der Deutsch-Französischen Gesellschaft „Cluny“ gehaltene Vortrag Jeannins „Hamburg und die französische Revolution. Auswirkungen auf den Alltag der Stadt vor der Franzosenzeit“ (S. 7–36) geht von den sehr bedeutenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Hansestadt und Frankreich aus. Das auf Neutralität bedachte Hamburg bot der jungen französischen Republik eine der ganz wenigen Einkaufsmöglichkeiten in Europa. Die Mehrheit des aufgeklärten Hamburger Bürgertums stand der Revolution zwar mit Verständnis und einer gewissen Sympathie gegenüber, erkannte aber schon früh die Gefahren der Radikalisierung. Das Ideal der Freiheit fand in Hamburg mehr Anhänger als das der Gleichheit; man konnte die eigene Verfassung als gelungene Regierungsform „zwischen allen Greueln des Fürstendespotismus und allen Greueln der Volksregierung“ bestätigt sehen.

Diese wohlwollende Skepsis gegenüber den französischen Ereignissen erleichterte die Aufnahme der Emigranten, die in mehreren Wellen, vor allem zwischen 1795 und 1800, nach Hamburg kamen. Ihr Leben und Treiben in Salons, Theatern und Kaffeehäusern, ihre oft mühseligen Versuche, den Lebensunterhalt zu verdienen, ihre Ansichten über die Gastgeber, deren Urteile über die Gäste schildert Jeannin kenntnisreich, feuilletonistisch-farbig ergänzt durch den Abdruck einiger Abschnitte aus Jahns bereits 1959 erschienenem Essay „Berühmte Franzosen in Hamburg. Von Rivarol bis Claudel“ (S. 53–66). Erich Lüth gibt in seinem Beitrag „Hamburg und die französische Revolution. Ein Wechselbad der Gefühle und Einsichten“ (S. 37–51) einen Ausblick auf die Zeit der französischen Besetzung. Er betont das pragmatische und moderate Verhalten der Hamburger gegenüber den Franzosen, seien es Emigranten oder Okkupanten. Diese bedächtige Haltung trug jedoch auch mit dazu bei, daß die als „Nachgeburt“ der Französischen Revolution bezeichneten Verfassungsreformen erst nach weiteren Anstößen in der Jahrhundertmitte in Gang kamen. Hans Wilhelm Eckardt

In jüngerer Zeit sind einige Monographien zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Hamburgs zwischen 1848 und 1860 erschienen, deren Bedeutung auch in diesen Blättern ausführlich gewürdigt worden ist. Mit der von Götz Landwehr betreuten Doktorarbeit von *Karl-Joachim Dreyer, Hamburg als Mitglied des Deutschen Bundes (1815 bis 1848)* (Diss. iur. Hamburg, 1976, VII u. 279 S., Dissertationsdruck), ist nun eine Studie anzuzeigen, die deutlich macht, wie sehr die vor der Märzrevolution

liegenden Jahrzehnte noch eingehender Erforschung bedürfen. Angesichts einer Überfülle von unaufgearbeitetem Aktenmaterial hat sich der Verfasser vernünftigerweise auf die Behandlung ausgewählter Probleme der rechtlichen Stellung Hamburgs im Deutschen Bund beschränkt. Ausgangspunkt der klar gegliederten Darstellung ist das Ringen um die in der Bundesakte verankerte Unabhängigkeit der vier freien Städte. Für Hamburg bedeutete der Wiener Kongreß zwar den Abschied von einer zeitweise virtuos geübten Neutralitätspolitik, doch zugleich auch die Begründung der staatlichen Selbständigkeit, die sich bis auf die Gegenwart erhalten hat. Nicht nur die Schilderung der überaus mühsamen Anlaufschwierigkeiten rechtfertigt das Urteil des Verfassers, daß der Senat sich nur schwer in der veränderten politischen Landschaft zurecht fand (S. 255). Ein charakteristisches und deshalb ausführlich behandeltes Beispiel dafür ist die mit vordergründigen Argumenten lange hinausgezögerte Errichtung des Oberappellationsgerichts in Lübeck (S. 116–160). Auch die Darstellung der mit Zensur und Pressefreiheit zusammenhängenden Probleme zeigt deutlich, wie stark freistädtische Senatspolitik (und zwar keineswegs in Hamburg allein) von Kleinlichkeit und erstarrtem Partikulardenken beeinflußt gewesen ist. Hier liegt übrigens eine wichtige Funktion der vorliegenden Arbeit: Sie leistet nicht nur einen Beitrag zur Verfassungsgeschichte des vormärzlichen Hamburg, sondern sie kann zugleich auch als Baustein zur vergleichenden Stadtgeschichte gelten. Denn in allen vier freien Städten des Deutschen Bundes gab es aufgrund ähnlicher politischer Strukturen und wirtschaftlicher Interessen eine Vielzahl verwandter Probleme. Allein schon die diffizilen Auseinandersetzungen um die Ausübung der gemeinsamen freistädtischen Kurialstimme im Frankfurter Bundestag geben reiches Material für solche Studien her. Gerhard Ahrens

„Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Königreich Hannover“ beschreibt *Günter Scheel* auf Grund archivalischer Quellen, vornehmlich des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs Hannover und der Stadtarchive in Hannover und Lüneburg (Niedersächs. Jahrb. f. Landesgesch. 48, 1976, S. 17–70, 4 Abb.). Papiere der Arbeitervereine selbst standen kaum zur Verfügung. Keimzelle aller künftigen Arbeitervereine war der 1845 von fünf Buchdruckergesellen in Hannover gegründete Buchdruckerleseverein, aus dem sich 1848 der Allgemeine Arbeiterverein entwickelte. Hier überwogen die bürgerlichen Kräfte, deren Ziel es war, Bildung zu vermitteln und die Arbeiter dadurch in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren; gewisse frühsozialistische Bestrebungen traten demgegenüber noch kaum in Erscheinung. Versuche, 1848/49 von Altona aus auch in Harburg einen Arbeiterbildungsverein ins Leben zu rufen, scheiterten zunächst. Er wurde 1857 durch Theodor York gegründet und hatte 1862 244 Mitglieder. York und anderen Vorstandsmitgliedern war dieser Verein aber zu unpolitisch. Sie bildeten 1863 einen Allgemeinen Arbeiterverein und noch im selben Jahre eine an Lassalle angelehnte Ortsvereinigung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die 1864 schon 176 Mitglieder zählte. So gab es damals nebeneinander drei Arbeitervereine in Harburg. Sch. verfolgt die weitere Entwicklung der verschiedenen Richtungen und die jeweiligen Maßnahmen des Staates gegenüber der Arbeiterbewegung bis etwa 1867 mit gelegentlichen Ausblicken auch über dieses Jahr hinaus. Von Harburg aus verbreitete sich die sozialistische Arbeiterbewegung Lassallescher Prägung, deren Haupt York war, über das ganze Königreich Hannover. Daneben bestanden weiter die zumeist unpolitischen Arbeiterbildungsvereine, z. T. gefördert gegenüber den sozialistischen Bestrebungen, von denen sie sich deutlich distanzieren, sowohl von der königlichen wie später von der preußischen Verwaltung. D. K.